Nr. 28. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 17. Januar 1899.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Ausschuß-Sitzung des Handelstags.

Der Präsident des Handelstages Geheimer Kommerzienrath Frentzel eröffnete die zahlreich besuchte gestrige Sitzung des Ausschusses:

Zu den geschäftlichen Angelegenheiten theilt der Vorsitzende mit, daß die Handelskammern Ruhrort und Brandenburg dem Deutschen Handelstage beigetreten sind.

Bezüglich der Berufung einer Plenarversammlung des Deutschen Handelstages wird beschlossen, eine solche gegen Ende des Monats Februar oder zu Anfang des Monats März abzuhalten; dem Präsidium wird überlassen, den Tag zu bestimmen. Als Gegenstände der Verhandlung werden u. A. in Aussicht genommen die Bankvorlage, die Grundzüge für das Reichsversicherungsgesetz, die Uebertragung der Wasserbauverwaltung auf das Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten.

In Bezug auf die Zuwahl eines Mitglieds in den Ausschuß, die in der am 2. Dezember 1898 abgehaltenen Ausschußsitzung vertagt wurde, war in den Bemerkungen zur Tagesordnung für jene Sitzung in erster Linie hervorgehoben, daß die Handelskammern der thüringischen Staaten, in zweiter Linie, daß die 11 Handelskammern der Provinz Westfalen noch keine Vertretung im Ausschuß besitzen. Dem gegenüber steht der Wunsch des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, von dem der Vorsitzende und zwei Ausschußmitglieder bereits dem Handelstagsausschuß angehören, noch eines seiner Ausschußmitglieder gewählt zu sehen. Es wird der Vertreter der Handelskammer Sonneberg i. Thür., Kommerzienrath Lindner, in den Ausschuß gewählt.

Die Handelskammer zu Wiesbaden beantragt, die Frage des Wagenstandgeldes für Sonn- und Festtage auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung zu setzen, weil die Bedeutung der Frage dies erheische und die meisten Handelskammern nicht auf dem vom Ausschuß des deutschen Handelstages am 3. Dezember 1898 eingenommenen Standpunkt stehen dürften. Der Ausschuß hat sich für die Aufhebung des Wagenstandgeldes für Sonn- und Festtage erklärt, während die Handelskammer zu Wiesbaden nur für seine Ermäßigung eintritt. Der Ausschuß beschließt, daß die Erhebung des Wagenstandgeldes an Sonn- und Festtagen im Widerspruch mit der Verkehrsordnung stattfindet. Das Wagenstandgeld ist daher nicht sowohl zu ermäßigen, sondern, soweit die Sonn- und Festtage in Betracht kommen, gänzlich aufzuheben.

Die Handelskammer zu Breslau beantragt, die Frage der Ladefristen auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung zu setzen. Es wird beschlossen: Der Handelstag erachtet eine generelle Verkürzung der Ladefristen als nicht vereinbar mit den Bestimmungen der Verkehrsordnung, für ungeeignet, eine Beschleunigung des Wagenumlaufs herbeizuführen, und für eine schwere Belästigung und Benachtheiligung von Handel und Industrie; er richtet daher an die deutschen Eisenbahnverwaltungen das Ersuchen, die bisherigen Ladefristen wieder herzustellen.

Von Magdeburg aus wird Beschwerde darüber erhoben, daß in gewissen Kauf- und Lieferungsverträgen eine Vereinbarung, nach der über Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht oder über die vertragsmäßige Beschaffenheit der Waare durch Sachverständige entschieden werden soll, in Preußen einer Stempelabgabe von 1,50 Mark unterliegt. Der Ausschuß beschließt, an die betreffenden Stellen den Antrag zu richten, daß das preußische Stempelsteuer-Gesetz vom 31. Juli 1895 im § 10 durch den folgenden Zusatz ergänzt werde: „Die in Verträgen sich vorfindende Klausel, daß Streitigkeiten, die aus dem Vertrage entstehen, durch Schiedsgericht zu entscheiden sind, gilt nicht als besonderer Vertrag."

Nachdem das Präsidium des Handelstags sich wegen des Entwurfs eines belgischen Gesetzes, betr. Erhebung der Werthzölle, an die Mitglieder gewendet hatte, ist von der Handelskammer zu Hannover der Antrag eingegangen, daß man von Handelstags wegen der Angelegenheit näher trete. Der Ausschuß beschließt, unter Benutzung des durch die Umfrage und die heutige Behandlung der Sache gewonnenen Materials eine Eingabe an den Herrn Reichskanzler zu richten, in der die Schädigungen dargelegt werden, die durch das geplante belgische Gesetz dem deutschen Export drohen.

Der Handelsvorstand zu Nürnberg hat beantragt, die Errichtung einer amtlichen Auskunftsstelle für den auswärtigen Handel nach Art der französischen in Erwägung zu ziehen, bittet jedoch die Angelegenheit zu vertagen, da sein Vertreter am Besuch der Ausschußsitzung verhindert ist. — Der Bund der Industriellen theilt unter Bezugnahme auf seine Verhandlungen vom 10. Oktober 1898 mit, daß er wegen Errichtung einer Stelle zur Sammlung von Nachrichten und Mustern für den Außenhandel sieben Personen in einen Ausschuß eingesetzt habe, der die Angelegenheit fördern und hierzu eine allgemeine öffentliche Versammlung einberufen solle und ersucht, seitens des deutschen Handelstags in diesen Ausschuß Delegirte zu entsenden. Der Ausschuß beschließt, vorläufig von der Entsendung von Delegirten in die, von dem Bunde der Industriellen gebildete Kommission abzusehen, jedoch unter Darlegung der bisher in der Sache hervorgetretenen Gesichtspunkte die Handelskammern zur gutachtlichen Aeußerung aufzufordern. Nach Eingang dieser Gutachten und Stellungnahme des Ausschusses soll auf den Antrag des Bundes der Industriellen zurückgekommen werden.

Die Handels- und Gewerbekammer zu Würzburg beantragt, gegen Mißstände im Genossenschaftswesen in ähnlicher Weise vorzugehen, wie sie es gethan habe. — Die Handelskammer zu Halle beantragt, die Frage der Kornhausgenossenschaften auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung zu setzen. — Die Handelskammer zu Brandenburg beantragt, zur schleunigen Abstellung der zuerst von der Sorauer Handelskammer zur Sprache gebrachten Mißstände hinsichtlich der Handelsthätigkeit von Landwirthschaftskammern geeignete Schritte zu thun. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin sind der Ansicht, daß es gegenwärtig nicht angezeigt sei, Beschwerde über die Brandenburger Landwirthschaftskammer, auf die sich die Sorauer Vorstellung bezog, zu führen. Der Ausschuß beschließt, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Plenarversammlung des Handelstages zu setzen. Mit Abfassung der Beschlußanträge wird eine Kommission beauftragt.

Die Handelskammer zu Düsseldorf beantragt, eine Berathung über die Abhaltung volkswirthschaftlicher Vorträge für Kaufleute durch die Plenarversammlung herbeizuführen. Der Ausschuß beschließt, die von der Handelskammer Düsseldorf beantragte Umfrage auf Grund des von ihr aufgestellten Fragebogens bei den Mitgliedern des Handelstages anzustellen. Von der Handelskammer Sonneberg liegt der Antrag vor, die Frage der Herabsetzung der Telegraphengebühren auf der nächsten Plenarversammlung des Deutschen Handelstages besonders mit Rücksicht auf die kleineren Plätze zu behandeln. Der Ausschuß beschließt, den Antrag den Handelskammern zu unterbreiten, auf Grund des darauf eingehenden Materials die Sache auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses zu setzen.

Die Vorgänge in Frankreich.

Esterhazy „enthüllt" weiter, aber was er neuerdings über die dem Oberst von Schwartzkoppen geleisteten Spionendienste schreibt, trägt den Stempel der Unwahrheit in unzweifelhafter Weise; er erzählt: „Oberst Sandherr hatte seit lange festgestellt, daß der Militärattachee v. Sch. zusammen mit seinem Kollegen P. (Panizzardi) Spionage trieb. „Ich würde Jemand brauchen," sagte Sandherr, „der schlau genug wäre diesen Sch. zu kanalisiren." Unter „kanalisiren" verstand Sandherr dieses: man sollte den Militärattachee auf falsche Spuren leiten und andererseits versuchen, ihm die Würmer aus der Nase zu ziehen. Das geschah 1894. Seit 1893 hatte man unzweifelhaft ein Leck im Generalstab festgestellt. Sandherr hielt es für äußerst dringlich, die lecke Stelle zu entdecken. Kurz, nach endlosen Besprechungen schlug er mir vor, ich solle versuchen Sch. zu „kanalisiren". Er wußte, daß mein Name und meine Stellung in der Gesellschaft mir leichten Zutritt zu ihm verschaffen würden. Nach langem Zögern nahm ich schließlich an. Bald darauf begann ich meine Thätigkeit, und nach wenigen Monaten konnte ich Sandherr die Dienste leisten, die er von mir erwartete. Ich hielt mich genau an seine Anweisungen, deren Zweck es war: 1. möglichst viel davon zu erfahren, was Schw. that und mit wem er Beziehungen unterhielt; 2. ihm möglichst viel Vertrauen einzuflößen und ihm falsche Nachrichten zu bringen, die ihn glauben machen sollten, was man ihm beizubringen wünschte, und ihn zu handeln veranlassen sollten, wie wir es für zweckmäßig hielten; 3. ihm möglichst viele Mittheilungen zu entlocken. Ich entledigte mich dieser verschiedenen Aufgaben so gut, wie ich irgend konnte. Heute nur wenige Worte hierüber. Sandherr hielt es für äußerst nützlich, daß eine fremde Macht gezwungen werde, sofort die neuen Feldgeschütze herzustellen. Jeder wartete nämlich, um aus den Erfahrungen des Gegners Nutzen zu ziehen. Ich redete Schw. ein, das französische Heer habe im Geheimen mit der Erneuerung der Feldgeschütze begonnen und betreibe die Arbeit mit größter Beschleunigung. Ich machte ihn sogar die Ungeheuerlichkeit glauben, hundert Batterien, 600 Geschütze!!, seien schon fertig und an die Grenzkorps vertheilt, wo sie zerlegt, stückweise, in größtem Geheimniß, angelangt seien. Sch. war wie vor den Kopf geschlagen und wollte mir anfangs nicht glauben. „Das ist unmöglich!" sagte er; „meine Agenten haben davon keine Spur entdeckt. Ich habe einen in allen Kanonengießereien, in Bourges und Puteaux; sie wissen aber keine Silbe davon; das ist unerhört." „Das beweist," erwiderte ich, „daß Ihre Agenten Schafsköpfe sind." Um ihn zu überzeugen, brachte ich ihm einen echten Beweis. Ich war nämlich, wenn ich zum Stockfisch (dieses Schimpfwort steht deutsch in der französischen Erzählung des Schurken) ging, stets mit angeblichen geheimen Schriftstücken von größter Wichtigkeit reichlich versehen. Es waren falsche Runderlasse, die ich natürlich für sehr geheim ausgab und die trotzdem mit allen Zeichen der Echtheit versehen waren, so daß sie das Mißtrauen des letzten Landbriefträgers hätten erwecken müssen. Sandherr gab mir diese falschen Erlasse, mit den Stempeln des Ministeriums und den Briefköpfen der zuständigen Abtheilungen versehen. Nur das Datum wurde offen gelassen. Ich fügte es immer selbst hinzu, damit es scheine, als hätte ich mir das Schriftstück gerade an dem betreffenden Tage verschafft, als es versendet werden sollte. Angesichts dieser Briefköpfe, Unterschriften, Stempel u. s. w. zweifelte Sch. an der Echtheit der Papiere nicht; er schrieb sie selig ab und war trefflich hineingelegt. Er hat durch die Zeitungen des Syndikats sagen lassen, daß er mich entlarven, meinen Verrath beweisen könne, indem er einige der Erlasse veröffentlicht, deren er eine so reiche Sammlung besitzt. Soll er doch! Wenn er sie veröffentlicht, wird man sich in den militärischen Kreisen köstlich unterhalten. Ich mache ihn namentlich auf die angeblichen Runderlasse über die Mobilmachung von drei Armeekorps aufmerksam. Es wäre recht freundlich von ihm, wenn er auch die Papiere hinzufügen wollte, die ich ihm für seinen Freund P. brachte und die sich auf eine fabelhafte Mobilmachung in den Alpen bezogen; und die Geschichte der 14 mobilgemachten Heere, mit Bezeichnung der Generale, Zusammensetzung der Heere, ihrer Aufstellung u. s. w.; und die Beschreibung des berühmten neuen Gewehrs, das niemals anderswo, als in meiner Einbildungskraft vorhanden war. Es ist erstaunlich, daß ein Fachmann all das für baare Münze angenommen hat. So wie ich aber einen Erlaß aus der Tasche zog, glaubte Sch. an mich wie an Gott. Er war so glücklich über meine Enthüllungen, daß er nicht zögerte, mir im Austausch mit einer Ehrlichkeit, die ich bewundere, gewisse Mittheilungen anzuvertrauen, die thatsächlich vollkommen richtig waren."

Zweifellos steht ein neuer Theatercoup bevor. Die Generalstabspresse deutet geheimnißvoll sensationelle Vorgänge an, wie ein Pronunciamento von 15 Kassationsräthen, wogegen die Dreyfuspresse die Verwicklung mehrerer Generale in den Verrath Esterhazys ankündigt.

Der Kassationshof vernahm gestern den früheren Justizminister Trarieux.

Die Deputirten Mesureur und Dupuy-Dutemps beantragen in der Deputirtenkammer, daß die Kammer sofort in die Berathung des Budgets eintrete. (Beifall.) Der antisemitische Deputirte Four wünscht die Regierung über die Verzögerung zu interpelliren, welche die Verhandlung des Kriegsgerichts gegen Picquart erfahre. Ministerpräsident Dupuy beantragt Verschiebung der Interpellation um einen Monat. Diese wird mit 422 gegen 74 Stimmen beschlossen. Die Kammer begann sodann mit der Budgetberathung.

Aus dem Reiche.

In Frankfurt a. O. ist am Sonntag der Generalarzt a. D. **Dr. Otto Neubaur** nach langen, schweren Leiden im 76. Lebensjahre gestorben. — Der zur Zeit wohl älteste Prediger Berlins, der Superintendent a. D. **Dr. theol. Philipp Buttmann**, der einzige noch lebende Sohn des bekannten Grammatikers, vollendet am 23. Januar sein 90. Lebensjahr. Superintendent Buttmann hat noch unter Ludwig Jahn seine ersten Turnübungen in der Hasenheide angestellt. — Der diesjährige **nautische Vereinstag** ist vom Vorsitzenden Geheimen Kommerzienrath Sartori (Kiel) auf den 24. und 25. Februar nach Berlin einberufen worden. Für die Berathung sind bis jetzt in Aussicht genommen: der Kaiser Wilhelms-Kanal, die Prüfungsvorschriften für Schiffer und Seesteuerleute, internationale Dampferrouten, Leuchtfeuerabgaben in England und das Leuchtfeuer auf Arkona. — **Die Kosten eines Sitzes im neuen Abgeordnetenhause** belaufen sich, nach den gesamten für das Gebäude aufgewandten Beträgen gerechnet, auf rund 10 000 Mark unter Einschluß der Beleuchtung, der Heizung und der Lüftungsanlage. Man ersieht hieraus am besten den Unterschied in dem von vornherein geplanten Aufwande gegenüber dem Reichstag, für den jeder Sitz rund 50 000 Mark kostet. Das entspricht auch ziemlich genau dem Verhältniß der Bausummen von 4½ Millionen zu 22 Millionen, die beim Reichstag nach Abzug der Grunderwerbskosten von dem Betrage von 29 Millionen für den eigentlichen Bau selbst dem Architekten Wallot zur Verfügung standen. Die wirklichen Kosten für den einzelnen Sitz betragen aber im Abgeordnetenhause sowohl wie im Reichstage nur 180 Mark. Das ist der Preis, für welchen nach Vereinbarung mit der Bauleitung durch Tischlermeister Olm der fertige, ledergepolsterte Klappsitz mit zugehörigem Pult und Schublade hergestellt wurde. In der oberen Platte ist eine mit Blechklappe geschlossene Vertiefung, in welcher nach Bestimmung des Geh. Baurath Schulze die sogen. Bohmschen Tintenfässer untergebracht werden, die die größte Ersparniß an Flüssigkeit gewährleisten. — Der Magdeburger Magistrat lehnte eine **Sondersteuer auf die Großbazare** ab, erklärte aber seine Geneigtheit zu einer zweckentsprechenden Gewerbesteuerreform. — Eine in Wolfenbüttel abgehaltene, aus etwa 200 Vertretern der Behörden, des Handels und der Industrie Braunschweigs und der angrenzenden preußischen Harzgegenden zusammengesetzte Versammlung begrüßte freudig den **Plan eines Mittellandkanals** und wählte ein Komitee, das für Fortsetzung des Stichkanals von Braunschweig nach dem Nordrande des Harzes bis Vienenburg oder Oker wirken soll.

Deutschland.

Berlin, 17. Januar. Gestern hat hierselbst eine Konferenz medizinischer Sachverständiger verschiedener Bundesstaaten stattgefunden wegen der Frage der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium. Die Frage beziehungsweise der Immatrikulation wurde als noch nicht spruchreif bezeichnet. Allseitig wurde betont, daß keinesfalls etwa eine leichtere Prüfung für Frauen zulässig sei, die Frauen müßten vielmehr, wollen sie als Aerzte in Deutschland wirken, einer gleichen Prüfung wie die übrigen Aerzte unterliegen, dies würde allerdings voraussetzen, daß eine Immatrikulation voranginge, damit die Frauen den Vorlesungen beiwohnen können. Vorläufig bleibt den einzelnen Landesregierungen die Stellungnahme hierzu überlassen.

Noch einmal die Reformschule.

III.

In den zweiten Theil unserer Auseinandersetzungen hat sich ein sinnentstellendes Versehen eingeschlichen, welches zunächst seine Berichtigung finden möge. Am Ende des ersten Abschnittes, wo von der Anzahl der Klassen die Rede ist, welche bei der Umwandlung der Friedrich-Wilhelms-Schule in eine Reformschule nöthig sein würden, muß es heißen: „Dabei würden — bei einmaliger Versetzung im Jahre — für den gemeinsamen Unterbau 3, nur bei starkem Besuch 2 × 3 = 6 Klassen, für den Mittelbau 3 Klassen in der Real- und 3 Klassen in der Realgymnasialabtheilung, für den Oberbau der Realgymnasialabtheilung 3 Klassen, im Ganzen also **12** und nur eventuell **15** wie seither nöthig sein. Wir fügen hinzu: Bei **18** Klassen würde schon Theilung der unteren Klassen und zugleich Vervollständigung der Realschule zu einer Ober-Realschule durch Hinzufügung eines realen Oberbaues möglich sein.

Im übrigen wollen wir nun heute noch kurz auf die Aeußerungen derjenigen Redner eingehen, welche bei der neulichen Verhandlung über die Reformschule nach dem Herrn Berichterstatter das Wort ergriffen.

Die meisten von ihnen traten für die Vorlage ein. Bedenken wurden eigentlich nur ausgesprochen von Seiten des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Stadtschulraths. Aber auch von diesen beiden äußerte sich der erstere nur zu einem nebensächlichen Punkt, so daß als eigentlicher Gegner der Sache außer dem Herrn Berichterstatter nur der Herr Stadtschulrath auftrat.

Das Hauptargument des Letzteren war, daß dem Bedürfniß nach lateinloser höherer Bildung und der Verpflichtung der Stadt, dieses Bedürfniß zu befriedigen, durch die **Mittelschulen** vollkommen genügt sei; mit den sogenannten Berechtigungen habe die Kommune nichts zu thun. Die Einrichtungen zu treffen, welche die Erlangung solcher Berechtigungen ermöglichen, liege dem Staate ob; dieser also habe für die höheren Schulen und deren weitere Ausgestaltung zu sorgen. Persönlich sind wir im Grunde mit dem Herrn Stadtschulrath durchaus darin einverstanden, daß die Sorge für das höhere Schulwesen dem Staate zukommt; so lange aber der Staat die höheren Schulen noch nicht vollständig übernommen hat und noch städtische höhere Schulen vorhanden sind, wird die städtische Verwaltung sich mit dem Staate in jene Aufgabe theilen und jenen Schulen gegenüber vollständig dieselben Pflichten erfüllen müssen, wie sie der Staat den staatlichen Anstalten gegenüber hat. Sie wird also auch dafür zu sorgen haben, daß die Schüler ihrer Anstalten hinsichtlich der Vorbereitung für die Beamtenlaufbahn sich nicht schlechter stehen, als die Schüler der staatlichen Anstalten. Ja, man könnte sogar behaupten, die Kommune habe schon deshalb die Verpflichtung, für die Vorbildung der künftigen Beamten zu sorgen, weil es sich in den einzelnen Fällen fast immer um Söhne der eigenen Gemeindemitglieder handelt, ganz abgesehen davon, daß auch die Kommune der Beamten bedarf. Außerdem aber darf man doch auch nicht vergessen, daß die Berechtigungen, welche auf den höheren Schulen erreicht werden können, nicht blos für die Beamtenlaufbahn Bedeutung haben, sondern auch für das **praktische Leben** recht sehr ins Gewicht fallen. Zunächst hängt es ja von ihnen ab, ob der Dienst im stehenden Heere in einem Jahre erledigt werden kann oder nicht; außerdem aber kommen im geschäftlichen Leben unzählige Fälle vor, wo die sogenannten Berechtigungen eine Rolle spielen. Man denke z. B. nur an die zahlreichen Stellen in kaufmännischen Geschäften, für welche das Zeugniß der Berchtigung zum einjährigen Dienst verlangt wird. Daß die Gemeinde, so lange überhaupt städtische höhere Schulen bestehen, die Verpflichtung hat, mindestens nach diesen beiden Seiten hin für die Söhne ihrer Bürger zu sorgen, dürfte niemand in Abrede stellen wollen.

Die Gelegenheit, sich Berechtigungen zu erwerben, ist nun allerdings durch die bestehenden Schulen geboten, und es folgt also aus der Anerkennung jener Verpflichtung an sich noch nicht die Nothwendigkeit, irgend eine von jenen Schulen in eine Reformschule zu verwandeln. Indeß für eine ganze Anzahl von Beamten ist eine auf moderner Grundlage beruhende Vorbildung unzweifelhaft viel ersprießlicher als die Kenntniß der alten Sprachen; diejenigen aber, welche sich jene Berechtigungen nur deshalb erwerben wollen, um ihrer Dienstpflicht in einem Jahre genügen zu können oder um sich ein besseres Fortkommen im praktischen Leben zu sichern, bedürfen erst recht einer genaueren Kenntniß der neueren Sprachen, der Mathematik und der Naturwissenschaften, nicht aber der Kenntniß des Lateinischen und des Griechischen. Die Möglichkeit aber, eine dementsprechende Ausbildung zu genießen, bieten ihnen die Reformschulen.

Wenn man nun etwa einwenden wollte, daß wenigstens in den zuletzt bezeichneten Fällen das vor der öffentlichen Prüfungskommission erworbene Zeugniß, das sich auch jeder einigermaßen begabte Schüler der Mittelschule erringen kann, vollkommen ausreiche, so müssen wir erwidern: Einmal ist es sehr fraglich, ob nicht doch manche Lehrherren das von einer höheren Schule ausgestellte Zeugniß vorziehen werden; andererseits ist nicht zu vergessen, daß die Schüler der Mittelschulen diese in der Regel mit 15 Jahren absolviren, die Prüfung vor der Kommission aber nicht vor Vollendung des 17. Lebensjahres abgelegt werden darf, so daß also in vielen Fällen ein bedeutender Zeitverlust eintreten würde, der nur schwer wieder eingebracht werden kann. Inwiefern die Reformschule als willkommene Ergänzung der an sich unzweifelhaft ganz vortrefflichen Mittelschulen dienen kann (indem die Schüler der letzteren in die höheren Klassen der Realabtheilung jener Schule eintreten), ist bereits anderwärts einmal nachgewiesen worden. Hier mag nur noch erwähnt werden, daß bereits mehrfach Schüler unserer Mittelschulen sich zu diesem Zwecke nach auswärtigen Realschulen gewendet haben — für eine Stadt wie Stettin nicht besonders schmeichelhaft!

2. Trotz der Ueberzeugung, daß zur Errichtung von lateinlosen höheren Schulen und damit auch zur Umwandlung einer der bestehenden Schulen in eine Reformschule kein Bedürfniß vorliege, hat der Herr Stadtschulrath doch, wenn wir seine Aeußerungen richtig verstanden haben, schon vor längerer Zeit auf eine an den Magistrat gerichtete Anregung hin einen Plan für die Umwandlung der Friedrich-Wilhelms-Schule in eine Reformschule entworfen. Er erklärte, es sei hinsichtlich dieser Schule bereits alles fix und fertig gewesen, als „ihm eine ganz unklare Agitation, gerichtet auf Umwandlung sämtlicher höherer Schulen, dazwischen gekommen sei".

Der Ausdruck Agitation will uns in diesem Falle nicht ganz zutreffend erscheinen. Soviel wir wissen, hat der Verein für Schulreform, der doch mit dieser Bezeichnung getroffen werden soll, mindestens bis zu der Zeit, welche der Herr Stadtschulrath hier im Auge hatte, nichts anderes gethan, als daß er das Publikum durch kurze sachliche Mittheilungen in den Zeitungen und durch Vorträge über das Wesen der Reformschule aufzuklären suchte. Als „Agitation" können derartige Versuche zur Belehrung des Publikums doch wohl kaum bezeichnet werden. Von einer Art von Agitation könnte man höchstens von dem Zeitpunkte an sprechen, wo der Verein mit bestimmten Vorschlägen hinsichtlich der hiesigen Schulen in die Oeffentlichkeit trat, und dies ist nicht früher als im letzten Viertel des verflossenen Jahres geschehen.

Daß die „Agitation" unklar gewesen sei, können wir noch weniger zugeben. Soweit überhaupt von Agitation die Rede sein kann, ha diese ganz bestimmte Ziele verfolgt. Schon früher (II, 6) ist betont worden, daß in der Eingabe an die städtischen Behörden von den städtischen Schulen im Allgemeinen nur deshalb gesprochen worden ist, um den grundsätzlichen Standpunkt des Vereins zum Ausdruck zu bringen, der natürlich die Umwandlung sämtlicher Schulen verlangt, daß aber eine augenblickliche Umwandlung nur für eine einzige Schule erbeten worden ist. Noch weiter zu gehen und eine ganz bestimmte Schule zu nennen, würde den Petenten übel angestanden haben, weil sie dadurch den Entschließungen der städtischen Behörden vorgegriffen haben würden.

Zugegeben aber, es wäre „agitirt" worden, und die Agitation wäre „unklar" gewesen, wieso konnte eine solche Agitation dem Herrn Stadtschulrath „dazwischenkommen"? Herr Malkewitz hat bereits erklärt, er begreife nicht, wie man sich von einer unklaren Agitation in seinen Absichten beirren lassen könne; wir wollen hier, von solchen allgemeinen Erörterungen absehend, nur feststellen, daß uns schon die zeitlichen Verhältnisse ein „Dazwischenkommen" völlig auszuschließen scheinen. Der Bericht des Herrn Stadtschulraths über die Umwandlung der Friedrich-Wilhelms-Schule war nach seiner eigenen Mittheilung am 13. Juli fertig; der Aufsatz „Sollen wir unsere höheren Schulen in Reformschulen verwandeln?", der vielleicht als Anfang einer „Agitation" betrachtet werden könnte, ist am 13. Oktober und den folgenden Tagen in den hiesigen Zeitungen erschienen — wie konnten durch diese Veröffentlichung Pläne durchkreuzt werden, die schon ein Vierteljahr vorher fix und fertig waren? An die oben bezeichneten früheren Veröffentlichungen kann der Herr Stadtschulrath nicht gedacht haben, denn solche waren bereits seit dem November des Jahres 1897 erfolgt, und der vorher erwähnte Plan wurde ja erst im Juli des Jahres 1898 fertiggestellt.

Die nun ja auch öffentlich erwähnte Thatsache, daß schon im Juni v. J. eine Anregung auf Verwandlung der Friedrich-Wilhelms-Schule in eine Reformschule an den Magistrat gelangt war, ist den Urhebern der jetzigen Eingabe zum großen Theil bekannt gewesen; nachdem aber in vier Monaten nichts geschehen war, mußten sie annehmen, der Magistrat habe jene Anregung nicht als ausreichenden Anlaß dazu betrachtet, die Sache in die Hand zu nehmen, und sie durften nun wohl überzeugt sein, daß sie völlig freie Hand hätten und niemandes Kreise stören würden, wenn sie ihrerseits noch einmal in anderer Weise auf das Bedürfniß, dem jene Anregung zum Theil wenigstens entsprungen war, aufmerksam machten. Im Uebrigen hatten sie alle Veranlassung zu der Annahme, daß ein Vorgehen nach dieser Seite hin der städtischen Schulverwaltung selbst für den Fall nicht unangenehm sein würde, daß, entgegen der oben ausgesprochenen Annahme, die Umwandlung der Friedrich-Wilhelms-Schule noch Gegenstand der Erwägung im Schoße jener Verwaltung sein sollte. Wohlverbürgten Mittheilungen zufolge hat sich der Leiter der letzteren vor nicht allzu langer Zeit dahin geäußert, daß er schon früher eine solche Umwandlung angeregt haben würde, wenn er einen Rückhalt im Publikum gehabt hätte. Es muß hier ein Mißverständniß vorliegen, das noch der Aufklärung bedarf.

3. Herr Oberbürgermeister Haken äußerte Bedenken wegen der von Herrn Prof. Kolisch vorgeschlagenen Umfrage, durch welche festgestellt werden sollte, auf wieviel Schüler wohl zunächst die Grundklasse einer etwa jetzt einzurichtenden Reformschule rechnen könnte. Mit Herrn Malkewitz sind wir der Ansicht, daß eine solche Umfrage eigentlich überflüssig sein müßte und daß es Sache der städtischen Behörden wäre, ohne Rücksicht auf die zu erwartende Schülerzahl die beantragte Umwandlung vorzunehmen, sobald sie davon überzeugt wären, daß eine solche Maßregel zum Heile der Stadt und ihrer Bürger sei. Andererseits aber können wir doch auch die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters nicht als begründet anerkennen. Eine Umfrage, wie sie von Herrn Prof. Kolisch vorgeschlagen wurde, hat thatsächlich in gleichem Falle schon einmal stattgefunden: als in Karlsruhe eine Reformschule eingerichtet werden sollte, forderten die städtischen Behörden durch öffentliche Bekanntmachung die Eltern, welche ihre Söhne einer solchen Schule anvertrauen wollten, auf, ihnen dies innerhalb einer gewissen Frist mitzutheilen. **Das Ergebniß waren 111 Anmeldungen für die Sexta jener Schule.** Auch hier würde, davon sind wir fest überzeugt, die Zahl der Anmeldungen eine recht bedeutende sein. Und deshalb können wir den von Herrn Prof. Kolisch vorgeschlagenen Weg nicht für so ungangbar halten, wie er dem Herrn Oberbürgermeister erscheinen wollte.

Wir sind am Ende, können aber nicht schließen, ohne unserer Freude darüber Ausdruck zu geben, daß endlich auch einmal die Gegner sich haben hören lassen. Wäre dies schon früher geschehen, so würde mancher Irrthum schon aufgeklärt und manches Mißverständniß bereits behoben sein. Hoffentlich haben unsere Auseinandersetzungen dazu beigetragen, nun nachträglich wenigstens unbegründete Bedenken zu zerstreuen und dem Reformschulgedanken weiter die Wege zu ebenen. Wir haben gewiß ganz vortreffliche Schulen in Stettin, die alles das, was sie bei der hergebrachten Einrichtung leisten können und zu leisten haben, in hervorragendem Maße leisten. Aber das Bessere ist der Feind des Guten, und das Bessere ist nach unserer festen Ueberzeugung unter den heutigen und vor allem unter den hiesigen Verhältnissen die Reformschule, die einst vielleicht selbst von den Anhängern klassischer Bildung noch als Retterin gepriesen werden wird, die andererseits aber auch dem elementaren Drange nach moderner Bildung, der sich allenthalben regt, gerecht zu werden sucht. Daß dieser Drang auch hier recht rege ist, das dürfte sich vielleicht demnächst aus den Unterschriften ergeben, welche die augenblicklich noch umlaufende öffentliche Eingabe an die städtischen Behörden aufweisen wird!

Die gewerblichen Lehranstalten Stettins.

Vortrag des Stadtverordneten **Julius Kurz**, gehalten im Bezirksverein „Oberwiek" am 11. Januar 1899.

Nach der vor ungefähr 20 Jahren erfolgten Aufhebung der hiesigen Gewerbeschule ist das gewerbliche Schulwesen Stettins lange Zeit außerordentlich vernachlässigt worden und entspricht heute in keiner Weise dem sonstigen Aufblühen der Stadt und dem Stande des großen und kleinen Gewerbe- resp. Fabrik-Betriebes in und um Stettin. So sind z. B. im Jahre 1885—86 für gewerblichen Unterricht nur 3716 Mark 25 Pf. verausgabt, dem eine Einnahme von 907 Mark 20 Pf. gegenüberstand, so daß aus Stadtmitteln nur 2809 Mark 05 Pf. zugeschossen wurden. Der gewerbliche Unterricht beschränkte sich lediglich auf die Handwerker-Fortbildungsschulen und nahmen im Mai 1885 an diesem Unterricht 241 Schüler in 7 Klassen Theil. Im Jahre 1896 bis 97 wurden für gewerblichen Unterricht 11 287 Mark 54 Pf. verausgabt und 150 Mark (Einschreibegebühren) vereinnahmt. Die 150 Mark wurden im vollen Betrage für Lehrmittel verausgabt. Im Jahre 1896 wurden 1355 Schüler in 62 Klassen der Fortbildungs- und Fachschulen unterrichtet. Diese Besserung im gewerblichen Unterricht ist durch die Handwerker-Innungen herbeigeführt und der kleine Fortschritt ist gewiß mit Freuden zu begrüßen; aber es drohte auch diese gegenüber den hohen Ansprüchen der Jetztzeit an Handwerker und Gewerbetreibende immer noch gänzlich ungenügende Fortbildung, wieder verkümmert zu werden, weil der Unterricht während der Stunden des Hauptgottesdienstes fortfallen sollte. Die Handwerker aber halten im Allgemeinen einen Unterricht der Lehrlinge in den Abendstunden für wenig ersprießlich und zweckdienlich, weil dann die jungen Leute durch die praktische Tagesarbeit ermüdet sind. Die Folgen dieser Meinungsverschiedenheiten zeigten sich sehr bald in einer beginnenden Abnahme der Schülerzahl, indeß ist zu hoffen, daß der geringe Fortbildungsunterricht für die hiesigen Gewerbetreibenden nunmehr erhalten bleiben wird, nachdem es gelungen ist, durch Abhaltung eines kurzen Gottesdienstes vor dem Beginn des Sonntags-Unterrichtes beiden Wünschen gerecht zu werden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung des verflossenen Jahres die für den zu erwartenden größeren Besuch der Fortbildungs- und Fachschulen nöthigen Gelder im Betrage von etwas über 1100 Mark bewilligt. Hiernach dürfte für diesen Unterricht im laufenden Etatsjahre die Summe von ungefähr 13 000 Mark verausgabt werden.

Eine wie verschwindend kleine Summe dies ist, leuchtet sofort ein, wenn man bedenkt, daß die Städte Köln rund 100 000 Mark, Breslau rund 80 000 Mark, Magdeburg rund 70 000 M. und Hannover rund 60 000 Mark jährlichen Baarzuschuß zu ihren gewerblichen Lehranstalten leisten und daneben die umfangreichen Schulbauten bauen und dauernd unterhalten. Stettin ist von allen gleich großen und vielen bedeutend kleineren Städten Preußens hinsichtlich seines gesamten gewerblichen Unterrichts sehr erheblich überflügelt worden, und es ist hohe Zeit, endlich diesem Uebelstande abzuhelfen. In weiten Kreisen der Bürgerschaft ist das Fehlen technischer und gewerblicher Lehranstalten immer schwer empfunden und manches gute Talent ist ungenügend ausgebildet resp. verkümmert, weil vielen Eltern die für ihre Verhältnisse bedeutenden Mittel fehlten, ihren Sohn in eine fremde Stadt schicken zu können und die erheblichen Pensionskosten für ihn zu bezahlen. So schwer nun unsere nicht übermäßig mit Glücksgütern oder hohem Einkommen gesegneten Bewohner hierunter litten, mehr noch litt der Handwerkerstand und Gewerbebetrieb unter dem Mangel genügend vorgebildeter Hülfskräfte. Jedem, der mit den in Betracht kommenden Stettiner Gewerbetreibenden 2c. in Berührung kam, waren die immer lauter werdenden Klagen derselben bekannt, nur bis an die Ohren unserer Magistratsmitglieder scheint von den Klagen und Wünschen der Bürger wenig gedrungen zu sein, denn als im Jahre 1883 die Regierung darauf aufmerksam machte, wie schwer die Dampfschiffs-Rhederei darunter leide, daß ausreichend vorgebildete Maschinisten nicht zu finden seien, und deshalb oft solche Leute angestellt werden müßten, welche sich im Dienst als unzuverlässig erwiesen hätten, und die Regierung sich mit Rücksicht auf diese Verhältnisse sowie in Folge einer Petition der „Neuen Dampfer-Kompagnie" vom Dezember 1882, eines Gesuches der „Nautischen Gesellschaft" vom Februar 1883 und mehrfacher Berichte der Stettiner Prüfungs-Kommission und des Reichsprüfungsinspektors bereit erklärte, in Stettin eine See-Dampfschiffs-Maschinisten-Schule zu errichten, vorausgesetzt, daß die Stadt die benöthigten Schulräume hergebe und einen Theil der Kosten übernehme, da erklärt unser Magistrat, „daß er keine Veranlassung finde, für eine Maschinisten-Schule mit städtischen Mitteln einzutreten, weil die Leistungen dieser Schule nur einem kleinen Theile unserer Bürgerschaft zu Gute kommen würde". Im Jahre 1889 wiederholt der Minister für Handel und Gewerbe seinen Antrag auf Errichtung einer Maschinisten-Schule, beansprucht nur 6 Zimmer von der Stadt für diese Unterrichtszwecke und erklärt sich bereit, die übrigen auf 20 000 Mark jährlich geschätzten Kosten auf Staatsfonds zu übernehmen. Die Antwort lautet: „Wir lehnen es ab, das Schullokal zu geben, weil in Grabow eine Navigations-Schule besteht, welche derartige Zwecke zu fördern im Stande sein dürfte. Der Minister macht in einem späteren Schreiben ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine Schule, wie sie hier eingerichtet werden sollte, in ganz Preußen überhaupt nicht existire (also etwas ganz Anderes sei, wie die Navigations-Schule in Grabow), indeß erhält er mit wenig Worten lediglich einen Hinweis auf die vom Magistrat bereits ertheilte ablehnende Antwort. Dasselbe Schicksal erfährt ein im Jahre 1892 wiederholter Antrag, obwohl der Regierungs-Präsident ausdrücklich darauf hinweist, daß von den 151 Prüflingen, welche sich zum Examen als Maschinisten gemeldet hatten, 59 durchgefallen seien. Wie der Magistrat der ersten See- und Handelsstadt Preußens einen solchen Standpunkt dem Schifffahrtsbetriebe gegenüber einnehmen konnte, bleibt selbst dann unverständlich, wenn man zugiebt, daß in erster Linie der Staat berufen ist, derartige Schulen einzurichten und zu unterhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 17. Januar. Die gestrige Sitzung des Bezirksvereins vor dem Berliner Thor wurde vom Vorsitzenden, Herrn Oberlehrer Dr. Bornemann mit einem warmen Nachruf für das im November v. J. nach längerem Leiden entschlafene Vorstandsmitglied, Herrn Vorschullehrer Lüdemann, eröffnet. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. — Es folgte die Erstattung des Kassenberichtes für das Vereinsjahr vom 1. Oktober 1897 bis dahin 1898. Die Einnahme stellte sich einschließlich eines aus dem Vorjahre übernommenen Bestandes von 100,72 Mark auf 283,22 Mark, an Ausgaben erwuchsen dem Verein 60,72 Mark, sodaß für das Geschäftsjahr 1898—99 ein Bestand von 222,50 Mark verblieb. — Hierauf erhielt Herr Stadtverordneter Malkewitz das Wort zu einigen Mittheilungen „aus dem Rothen Hause", er schilderte die nach den Neuwahlen erfolgte Gruppirung der Parteien in der Stadtverordneten-Versammlung und gab nach einem Hinweis auf die Arbeiten der nächsten Zukunft dem Wunsche Ausdruck, daß es den Mitgliedern der Vereinigung unabhängiger Stadtverordneten auch fernerhin gelingen möge, das Vertrauen ihrer Mitbürger in vollsten Umfange zu rechtfertigen. — Sodann hielt Herr Stadtverordneter Klein einen Vortrag über städtische Bauten. In Aussicht stehen natürlich in erster Linie Schulbauten, deren Nothwendigkeit in dem Anwachsen der Bevölkerung eine unabweisbare Begründung findet. Ausführlicher behandelte Redner die Mädchen-Mittelschule, deren Errichtung an der Barnimstraße neben der Arndtschule geplant ist, das städtische Verwaltungsgebäude an der Magazinstraße und die drei technischen Lehranstalten, mit denen das Stadtgymnasium auf demselben Baublock vereinigt werden soll. Endlich fanden auch die Projekte eines Waisenhauses für Mädchen und eines Feuerwehrdepots in Grünhof Erwähnung. — Herr Rektor Bader berichtete sodann über die Abgrenzung der neuen, von St. Jakobi abgezweigten Kirchengemeinde, welche demnächst eine Vertretung zu wählen haben wird. Der Gemeindebezirk umfaßt neben einem Theil der Oberwiek die ganze Neustadt sowie die darangrenzenden Straßen des Stadttheils vor dem Berliner Thor, die Scheide bildet die Nordseite der Hohenzollernstraße. Die Wählerlisten liegen zur Eintragung nur noch diese Woche aus. — Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

— In einer außerordentlichen Versammlung in Marx' Saal berieth gestern die Pommersche Gastwirthe-Innung das neue Innungsstatut und änderte dasselbe gemäß den von der Verwaltungsbehörde gemachten Ausstellungen. Die darauf folgende General-Versammlung der Pommerschen Gastwirthe-Innung wurde von dem Vorsitzenden, Herrn Dethloff, mit einem warm empfundenen Nachruf für den verstorbenen Ehrenpräsident des Gastwirthverbandes, Herrn Adloff in Hamburg, eingeleitet. Die Sitzung wurde im Wesentlichen mit der Berathung über das im Februar d. J. stattfindende 50jährige Stiftungsfest ausgefüllt, zu dessen Feier ganz besondere Vorbereitungen getroffen werden, welche eine sehr lebhafte Debatte hervorriefen. Beschlossen wurde, am Vorabend des Festes in Verbindung mit der Begrüßung der auswärtigen Gäste im Bellevue-Theater eine Festvorstellung mit daran anschließendem Kommers zu veranstalten. Am Festtage selbst soll am Vormittag eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Stettins mit den fremden Gästen erfolgen, darauf Frühschoppen im Neuen Rathskeller, am Abend Festessen und Ball im Saale der Philharmonie, vor dem Festessen findet eine Prämiirung Treudienender statt, zu welcher die Anmeldungen schleunigst erwünscht sind.

— Bei dem am Sonnabend bei dem hiesigen Ober-Landgericht abgehaltenen Referendar-Examen bestanden die vier Rechtskandidaten Krug, Liebert, Rieken und Rother sämtlich die Prüfung.

* Heute früh um 4½ Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Roßmarkt 17 gerufen, woselbst die Decke des im Erdgeschoß befindlichen Ladens sowie das darüber befindliche Holzwerk brannten. Das Feuer wurde mit Hülfe der Gasspritze gelöscht. Die Aufräumungsarbeiten nahmen zwei Stunden in Anspruch.

* Verhaftet wurde hier der vom Amtsanwalt zu Liebenwalde wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgte Müllergeselle Otto Dobrick.

* Polizeilich beschlagnahmt wurde ein goldener Trauring gezeichnet A. H. 1897.

* Aus einem Handelskeller im Hause Artilleriestraße 6 wurde vorgestern Abend die Kassenschublade mit etwa 50 Mark Kleingeld gestohlen. Den leeren Kasten fand man am nächsten Morgen auf dem Hausflur Artilleriestraße 7.

Aus den Provinzen.

§ **Stargard**, 16. Januar. Wie die „Starg. Ztg." mittheilt, hat eine Entgleisung der Lokomotive, die dem Stargarder Zug vorgespannt war, auf dem Bahnhof Tornow stattgefunden. Die Lokomotive sprang aus den Schienen und bohrte sich in den Sand. Die Passagiere des Reetzer Zuges, der dort mit dem Stargarder Zug kreuzt, mußten umsteigen und langten mit zweistündiger Verspätung in Stargard an. Verletzt wurde Niemand.

△ **Greifswald**, 16. Januar. Die Herstellung der Fernsprechleitung von hier nach Jarmen und Gützkow ist gesichert und dürfte noch in diesem Jahre erfolgen.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 17. Januar. Nach dem Grundsatz: „Die Welt will betrogen sein, also mag sie betrogen werden", scheint der Auktionator, Kartenleger und Wahrsager Karl Kunzmann aus Grabow gearbeitet zu haben, dessen Thätigkeit auf dem Gebiet der Hellseherei kürzlich von der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts einer eingehenden Würdigung unterzogen wurde. K. ist nicht weniger als fünfmal wegen Betruges, außerdem auch wegen Urkundenfälschung vorbestraft, er bestritt, sich neuerdings des Betruges schuldig gemacht zu haben, behauptete vielmehr, daß er im Stande sei, aus den Linien der Hand wahrzusagen und Krankheiten zu heilen, dagegen gab er zu, daß er den ihn besuchenden Leuten Karten lege, ohne selbst an diesen Hokuspokus zu glauben. Gegenstand der Anklage bildeten die Hülfeleistungen, welche K. als Wahrsager der Familie des Kahnschiffers Tisch in Mönkebude angedeihen ließ. Die Leute hatten am 1. Juli 1898 eine erwachsene Tochter durch den Tod verloren, dieses traurige Ereigniß in Verbindung mit der Thatsache, daß bereits 18 Jahre zuvor am nämlichen Tage eins ihrer Kinder ertrunken war, übte auf die geistig ohne Zweifel anormale Frau T. eine verhängnißvolle Wirkung aus. Im September 1898 erschien die Frau bei Kunzmann, um ihn zu befragen, ob sie selbst Schuld an dem Tode ihrer Tochter trage. Der Angeklagte gab Frau T. die beruhigendsten Erklärungen, wofür er 16 Mark einheimste. Gegen Ende des Monats, am 27. September, kam die Frau abermals zu Kunzmann und klagte ihm, auf ihrem Hausboden spuke es und im Brunnen wären Männer, der Angeklagte sagte daraufhin einen Besuch in Mönkebude zu und erhielt 20 Mark Reisegeld. Bevor jedoch der Reiseplan zur Ausführung gelangte, erfolgte eine dritte Konsultation in Grabow und brachte diesmal die Frau ihren Mann sowie ihre siebenjährige Tochter mit. Nun begann das Wahrsagen im Großen. Dem Mann wurde prophezeit, daß er nach 16 Jahren eine schwere Krankheit zu überstehen haben werde, dann winke ihm jedoch ein hohes Alter. Aehnliche Versicherungen gab K. der Frau, nachdem er Letztere von dem ihr anhaftenden, überflüssigen Mammon befreit hatte, sie mußte nämlich in Häufchen vertheilt 73,50 Mark auf den Tisch legen, worauf der Angeklagte einige hypnotische Kunststückchen machte und das Geld einsteckte. Die Eheleute erhielten sodann Glückskarten, der Mann eine Kareau 7 und die Frau eine Treff 7, außerdem bekam der Mann ein Knochenstückchen mit der Anweisung, dasselbe im Portemonnaie zu verwahren, es werde Geld bringen. Nachdem endlich noch das Kind „gestrichen" worden war, konnte die Familie sich beruhigt nach Hause begeben. Als Mittel gegen die Angstempfindungen der Frau verordnete der Angeklagte doppelkohlensaures Natron. Anfang Oktober stattete K. den versprochenen Besuch in Mönkebude ab, er fand nur Frau Tisch und deren Töchterchen zu Hause, den Mann hatte sein Beruf als Kahnschiffer nach außerhalb geführt. Das ganze Grundstück der Eheleute Tisch wurde einer Besichtigung unterzogen und besonders genau der Hausboden sowie der Brunnen inspizirt. Der Angeklagte rieth, das Brunnenwasser nur abgekocht zu genießen und entfernte sich wieder, nachdem er für seine Bemühungen 23 Mark erhalten hatte. Der Geisteszustand der Frau Tisch verschlimmerte sich später derartig, daß dieselbe in einer Irrenanstalt untergebracht werden mußte. — Das Gericht erachtete in drei Fällen einen Betrug für erwiesen: der Angeklagte habe sich für Leistungen, deren Werthlosigkeit er vollkommen kannte, Geld geben lassen unter der durch Verabreichung von angeblichen Zaubermitteln gestützten Vorspiegelung, daß er im Besitze übernatürlicher Gaben sei, kraft deren er die Zukunft zu enthüllen vermöge. Es lag Betrug im Rückfalle vor, und da zur Annahme mildernder Umstände kein Grund gefunden werden konnte, so lautete das Urtheil auf ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus, sowie Ehrverlust auf die Dauer von 3 Jahren.

Vermischte Nachrichten.

Zürich, 15. Januar. In Folge des eingetretenen Thauwetters ist in der ganzen Schweiz Hochwasser eingetreten, sodaß Lawinenstürze befürchtet werden. Viele Flüsse sind aus ihren Ufern getreten.

London, 14. Januar. Seit Wochen löst ein Sturm den andern ab, aber der letzte, der vierundzwanzig Stunden lang im Aermelkanal wüthete und nach kurzer Unterbrechung sich erst gestern Nacht ausgetobt hat, war wohl der schlimmste von allen; er hat alle Landestheile heimgesucht und auch das Binnenland nicht verschont. Aus London und anderen großen Städten werden viele durch den Sturmwind verursachte Unglücksfälle gemeldet; fallende Schlöte und Hauskamine machten die Straßen unsicher; Hausdächer wurden weggeblasen; ein schreckliches Unglück wird aus der Umgebung von Manchester gemeldet, wo der Riesenschlot einer Baumwollfabrik auf das Dach einer kleinen Hütte stürzte und fünf der Insassen erschlug. Ein ähnlicher Unfall verursachte den Tod einer Person in Ashton an der Mersey. Das erstaunlichste Unglück ist aber im Norden von Wales vorgekommen, wo die Gewalt des Windes und der Wellen vereint in der Nähe von Conway die das Geleise einer Eisenbahn schützende Mauer umwarfen und das Erdreich unter den Schienen wegwuschen, so daß ein heranbrausender Güterzug im Dunkel der Nacht in das Meer fuhr und Lokomotivführer und Heizer ertranken. In Irland ist ebenfalls ein Zug auf ähnliche Weise entgleist, aber ohne daß ein Menschenleben verloren ging. In Wigan wurde das hölzerne Gebäude des Fußballklubs vom Orkan in die Höhe gehoben und neben der Eisenbahnlinie niedergesetzt. Dover war in den letzten zwei Tagen, wie schon öfters diesen Winter, der Schauplatz aufregender Auftritte. Seit die britische Regierung in dieser wichtigen Hafenstadt große Seebauten ausführen läßt, die Dover in einen mächtigen Kriegshafen verwandeln sollen, ist der Ort ungastlicher geworden als je zuvor. Da jetzt die Zeit der großen Fluthen ist, schlugen die Wellen über die große steinerne Landungsbrücke und machten den von Ostende kommenden belgischen Postdampfern die Landung unmöglich. Einer dieser Dampfer mußte 26 Stunden lang, das Bug gegen den Sturmwind, in der Bai auf besseres Wetter warten und erst Freitag Morgen konnten Fahrgäste und Postbeutel in Dover ausgeschifft werden. Seit der Verschmelzung der beiden großen Bahngesellschaften, die den Südosten Englands bedienen, wird Dover bei stürmischem Wetter nicht mehr als Abfahrtshafen benützt. Alle Züge der Südostbahn wie der Chatham- und Doverlinie werden nach Folkestone abgelassen, da die Fahrt nach Boulogne lange nicht dieselben Schwierigkeiten bietet, wie die von Dover nach Calais. Auch hat man in Folkestone, um die Einfahrt und Ausfahrt der Dampfer zu erleichtern, mit großem Erfolg Oel auf die vom Sturm gepeitschten Wogen gegossen. Warum die Admiralität durch sofortige Verlängerung der steinernen Landungsbrücke in Dover nicht den Postdienst erleichtert, ist geradezu unbegreiflich. Auch die Nordwestküste Englands wurde vom Sturm heimgesucht und der Dampferdienst mit Irland war von Holyhead nach Dublin längere Zeit unterbrochen; eine solche Unterbrechung kommt nur selten vor. Es ist zur Zeit noch nicht möglich, eine vollständige Liste der gestrandeten oder in Zusammenstößen untergegangenen Schiffe zu geben; der Liverpooler Dampfer „Elaine", der im Kanal mit einem unbekannten Dampfer zusammengestoßen war, wurde sinkend nach Dover geschleppt. Von dem anderen Dampfer ist keine Spur zu finden. Auch die Bark „Theresa Cosulich" wurde in beschädigtem Zustande von einem Schleppdampfer vom Untergang gerettet und nach Dover gebracht. Zwei Lootsen aus Newport ertranken im Port Talbot, wo ihre Kutter strandete. Die Rettungsboote haben viele Menschenleben gerettet.

Börsen-Berichte.

Stettin, 17. Januar. Wetter: Veränderlich. Temperatur + 5 Grad Reaumur. Barometer 749 Millimeter. Wind: W., lebhaft.

Spiritus per 100 Liter à 100 % loko 70er 39,20 bez.

Berlin, 17. Januar. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loko 70er amtlich 39,50, loko 50er amtlich 59,00.

London, 17. Januar. Wetter: Fehlt.

Berlin, 17. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	101,60
do. do. 3½%	101,90
do. do. 3%	93,60
Dtsch. Reichsanl. 3%	93,50
Pom. Pfandb. 3½%	99,50
do. do. 3%	90,25
do. Neul. Pfd. 3½%	99,00
3% neuländ. Pfdbr.	90,20
Centrallandschaft-Pfandbr. 3½%	100,00
do 3%	90,30
Italienische Rente	93,25
do. 3% Eisb.-Obl.	59,10
Ungar. Goldrente	100,40
Rumän. 1881er am. Rente	100,80
Serb. 4% 95er Rente	61,50
Griech. 5% Goldr. von 1890	41,60
Rum. am. Rente 4%	92,80
Mexikan. 6% Goldr.	99,50
Oesterr. Banknoten	169,55
Russ. Bankn. Cassa	216,40
do. do. Ultimo	—,—
Gr. Russ. Zollcoup.	324,20
Franz. Banknoten	81,15
National-Hyp.-Cred.-Ges. (100) 4½%	97,60
do. (100) 4%	93,40
do. (100) 4%	88,10
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Em.	100,00
Stett. Vulc.-Aktien Lit. B.	217,00
Stett. Vulc.-Prior.	218,00
Stett. Straßenbahn	173,50
Petersburg kurz	215,80
Warschau kurz	—,—

London kurz	204,10
London lang	202,85
Amsterdam kurz	168,60
Paris kurz	81,05
Belgien kurz	80,95
Berl. Dampfmühlen	127,50
Neue Dampf.-Comp. (Stettin)	107,50
Chamotte-Fabr. A.-G. vorm. Didier	418,75
„Union", Fabr. chem. Produkte	143,00
Varziner Papierfabr.	195,00
Stöwer, Nähmasch. u. Fahrrad-Werke	162,50
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,00
3½% Hamb. Hyp.-B. unk. b. 1905	99,00
Stett. Stdtanl. 3½%	—,—

Ultimo-Kourse:

Disc.-Commandit	199,10
Berl. Handels-Ges.	168,10
Oesterr. Credit	225,75
Dynamite Trust	179,40
Bochumer Gußstahlf.	234,70
Laurahütte	216,75
Harpener	180,25
Hibernia, Bergw.-Gesellschaft	189,10
Dortm. Union Lit. C.	108,50
Ostpreuß. Südbahn	96,00
Marienburg-Mlawkabahn	83,10
Norddeutscher Lloyd	115,10
Lombarden	29,10
Franzosen	154,60
Luxemburg. Prince-Henribahn	105,10

Tendenz: Abgeschwächt.

— Reichsbankdiskont auf 5% Lombard, Zinsfuß auf 6% herabgesetzt.

Paris, 16. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Fest.

	16.	14.
3% Franz. Rente	101,57	101,72
5% Ital. Rente	92,35	92,50
Portugiesen	23,20	23,10
Portugiesische Tabaksoblig.	485,00	—,—
4% Rumänier	93,10	—,—
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	—,—
3½% Russ. Anl.	—,—	99,60
3% Russen (neue)	94,50	94,95
4% Serben	61,00	61,00
4% Spanier äußere Anleihe	48,07	47,00
Convert. Türken	22,82	22,87½
Türkische Loose	109,50	110,50
4% türk. Pr.-Obligationen	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	268,00	269,00
4% ungar. Goldrente	100,65	100,65
Meridional-Aktien	676,00	—,—
Oesterreichische Staatsbahn	—,—	773,00
Lombarden	—,—	—,—
B. de France	3825	3815
B. de Paris	928,00	931,00
Banque ottomane	549,00	550,00
Credit Lyonnais	864,00	863,00
Debeers	695,00	696,00
Langl. Estrat.	99,50	100,00
Rio Tinto-Aktien	839,00	839,00
Robinson-Aktien	241,00	240,00
Suezkanal-Aktien	3492	3490
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,06	206,12
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,00	$122\frac{1}{16}$
do. auf Italien	7,50	7,37
do. auf London kurz	25,19½	25,18
Cheque auf London	25,22	25,21½
do. auf Madrid kurz	380,50	380,00
do. auf Wien kurz	207,12	207,12
Huanchaca	—,—	50,50
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 16. Januar, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 31,75 G., per Mai 32,25 G., per September 33,00 G., per Dezember 33,50 G.

Hamburg, 16. Januar, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Prod. Basis 88 pCt. Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Januar 9,22½, per März 9,30, per Mai 9,40, per August 9,57½, per Oktober 9,25, per Dezember 9,25. Ruhig.

Bremen, 16. Januar. (Börsen-Schlußber.) Raffinirtes Petroleum. [Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.] Loko 6,95 B. Schmalz ruhig. Wilcox 29½ Pf., Armour shield 29½ Pf., Cudahy 30½ Pf., Choice-Grocery 30½ Pf., White label 30½ Pf. — Speck fest. Short clear middl. loko 27½ Pf. — Reis stramm. — Kaffee unv. — Baumwolle ruhig. Upland middl. loko 29½ Pf.

Pest, 16. Januar, Vormittags 11 Uhr. Produktemarkt. Weizen loko ruhig, per März 9,47 G., 9,48 B., per April 9,34 G., 9,35 B. Roggen per März 7,96 G., 7,97 B. Hafer per März 5,87 G., 5,88 B. Mais per Mai 4,87 G., 4,88 B. Kohlraps per August 12,15 G., 12,25 B. — Wetter: Regen.

Amsterdam, 16. Januar. Bancazinn 58,75.

Amsterdam, 16. Januar, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine behauptet, per März 180,00, per Mai 181,00. Roggen loko geschäftsl., do. auf Termine träge, per März 147,00, per Mai 138,00. Rüböl loko 24,50, per Mai 23,50.

Antwerpen, 16. Januar, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 19,00 bez. u. B., per Januar 19,00 B., per Februar 19,12 B., per März 19,12 B. Ruhig.

Schmalz per Januar 69,75.

Antwerpen, 16. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Paris, 16. Januar. (Schluß.) Rohzucker matt, 88 pCt. loko 27,50 bis 27,75. Weißer Zucker fallend, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 28,00, per Februar 28,12, per März-Juni 28,75, per Mai-August 29,12.

Paris, 16. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Januar 21,90, per Februar 21,85, per März-April 21,85, per März-Juni 21,80. Roggen ruhig, per Januar 14,50, per März-Juni 14,60 nom. Mehl ruhig, per Januar 45,65, per Februar 45,85, per März-April 46,00, per März-Juni 46,00. Rüböl ruhig, per Januar 49,25, per Februar 49,50, per März-April 49,75, per Mai-August 50,25. Spiritus ruhig, per Januar 44,50, per Februar 44,50, per März-April 44,50, per Mai-August 44,25. — Wetter: Unbeständig.

London, 16. Januar. Kupfer Chilibars good ordinary brands 61 Lstr. 7 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 97 Lstr. 17 Sh. 6 d. Zink 24 Lstr. 17 Sh. 6 d. Blei 13 Lstr. 15 Sh. — d. Roheisen Mixed numbres warrants 51 Sh. 5 d.

London, 16. Januar. Getreidemarkt. (Schluß.) Sämtliche Getreidearten ruhig.

Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 54 778, Gerste 11 686, Hafer 75 950 Quarters.

London, 16. Januar. Chili-Kupfer $61\frac{5}{16}$, per drei Monate 61,62.

London, 16. Januar. 96% Javazucker loko 11,12 träge, Rüben-Rohzucker loko 9¼ Sh. stetig.

Glasgow, 16. Januar. Die Verschiffungen von Roheisen betrugen in der vorigen Woche 5730 Tons gegen 4242 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Glasgow, 16. Januar. (Schluß.) Roheisen. Mixed numbers warrants 51 Sh. 6 d. Warrants Middlesborough III. — Sh. — d.

Newyork, 16. Januar. Bestand an Weizen 27 735 000 Bsh., Mais 23 362 000 Bsh.

Newyork, 16. Januar. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 75,62. Mais per Mai 41,87.

Newyork, 16. Januar, Abends 6 Uhr.

	16.	14.
Baumwolle in Newyork	6,00	$6\frac{1}{16}$
do. Lieferung per Februar	—,—	5,68
do. Lieferung per April	—,—	5,72
do. in Neworleans	$5\frac{5}{16}$	$5\frac{5}{16}$
Petroleum, raff. (in Cases)	8,15	8,15
Standard white in Newyork	7,40	7,40
do. in Philadelphia	7,35	7,35
Credit Calances at Oil City	116,00	116,00
Schmalz Western steam	5,82½	5,77½
do. Rohe und Brothers	6,00	5,90
Zucker Fair refining Moscovados	$3\frac{13}{16}$	$3\frac{13}{16}$
Weizen stetig.		
Rother Winterweizen loko	80,87	80,50
per Januar	—,—	—,—
per März	78,87	78,37
per Mai	75,62	75,25
per Juli	—,—	—,—
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,62	6,62
per Februar	5,50	5,55
per April	5,70	5,75
Mehl (Spring-Wheat clears)	2,85	2,85
Mais stetig,		
per Januar	—,—	—,—
per März	—,—	—,—
per Mai	41,87	42,00
Kupfer	14,25	14,12½
Zinn	21,75	21,50
Getreidefracht nach Liverpool	3,00	3,50

Chicago, 16. Januar.

	16	14.
Weizen stetig, Januar	—,—	—,—
per Mai	71,75	71,12
Mais stetig, per Januar	34,87	34,75
Pork per Januar	9,90	9,85
Speck short clear	5,00	5,00

Woll-Berichte.

Bradford, 16. Januar. Wolle stetig, thätiger, Mohairwolle stramm, Garne mitunter theurer; für Mohairgarne Spinner beschäftigt, Stoffe unverändert.

Wasserstand.

* **Stettin**, 17. Januar. Im Revier 5,67 Meter = 18' 1".

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 17. Januar. Die freisinnige Vereinigung hat im Reichstage zu dem Jesuitenantrage des Zentrums den in der letzten Session mit großer Mehrheit angenommenen Antrag Rickert wegen Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes (Internirung und Ausweisung) eingebracht.

Prag, 17. Januar. Das Prager Stadtverordneten-Kollegium nahm in seiner gestrigen Sitzung den Antrag des Stadtrathes auf Errichtung eines Johann Huß-Denkmals auf dem Altstädter Ring mit 44 Stimmen der Jungczechen gegen 40 der Altczechen und Klerikalen an.

Haag, 17. Januar. Esterhazy ist gestern wieder in Amsterdam eingetroffen und im Palast-Hotel abgestiegen.

Paris, 17. Januar. Einem Korrespondent des „Morning Leader" erklärte Cavaignac, wenn Dreyfus jemals freigesprochen würde, so würde eine Revolution unvermeidlich sein. Graf de Mun sagte, wenn der Kassationshof auf der Nicht-Schuld Dreyfus' erkennen sollte, so würde eine Bewegung in Frankreich entstehen, welche noch nie so stark dagewesen sei. General Mercier gab dem Frager keine Antwort, sondern erklärte, seine Frage gebe das Maß der unverschämten Vermessenheit englischer Berichterstatter.

Paris, 17. Januar. Der „Gaulois" meldet, daß vor einigen Tagen ein Mitglied der Regierung von einer hervorragenden politischen Persönlichkeit interviewt wurde über die Frage, wie er über eine Allianz zwischen Frankreich und Deutschland denke. Der Minister soll erklärt haben, die Politik der schlechten Gesinnung zwischen Deutschland und Frankreich sei nun endlich vorüber. Ueberall, wo Sicherheit vorhanden sei, werde ich mit Deutschland Hand in Hand gehen und ich werde dies mit lauter Stimme Jedem sagen, der es hören will. Was indessen eine thatsächliche Allianz betrifft, so ist dies eine andere Sache; eine Allianz fordert Bedingungen. Welches sind diese Bedingungen?

Gestern Abend 11¾ Uhr, den 16. d. Mts., starb unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder, der Königliche Steuereinnehmer a. D.

Hermann Schliewe

im fast vollendeten 83. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen

Carl Schliewe.

Stettin, den 17. Januar 1899.

Die Beerdigung findet Freitag, den 20., Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Nemitzer Kirchhofes aus statt.

Concerthaus.

Mittwoch, 18. Januar 1899, Abends 8 Uhr:

4. Symphonie-Concert.

12 Uhr Mittags:

Oeffentliche Haupt-Probe.

Solist: **Pablo de Sarasate.**

Billetsverkauf täglich von 10—1 und von 4—6 Uhr im Bureau des Stadttheaters.